Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.,
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 13. April 1888. Nr. 173.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

42. Plenarsitzung vom 12. April.

Vizepräsident v. Heereman eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertische: v. Puttkamer, Dr. von Friedberg und Kommissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Gnadenfeld.

Abg. Conrad (Pleß, Zentr.) erklärt sich gegen den Gesetzentwurf, weil Gnadenfeld eine Dorfgemeinde von etwa 500 Seelen sei, welche weder eine katholische oder evangelische Kirche noch Schule besitze, und weil den umliegenden Ortschaften durch die Errichtung dieses Amtsgerichts keine Erleichterung geschafft werde.

Abg. Letocha (Zentr.) befürwortet die Annahme der Vorlage, weil die Interessen der Gerichtsinsassen dadurch entschieden gefördert würden.

Ein Antrag des Abg. Dr. Meyer (Breslau, dfr.) auf Ueberweisung der Vorlage an die Justizkommission wird abgelehnt, der Gesetzentwurf darauf angenommen; ebenso der Gesetzentwurf betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung: Gesetzentwurf, betreffend die Heranziehung der Fabriken 2c. mit Präzipualleistungen für den Wegebau in der Provinz Westfalen, wird nach einigen empfehlenden Worten der Abgg. von Schorlemer-Alst (Zentr.) und v. d. Reck (kons.) gleichfalls angenommen, und ebenso ohne Diskussion der Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung des dem Staate zustehenden Stimmrechts bei dem Antrage wegen Aufnahme einer weiteren Prioritätsanleihe der westholsteinschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Kreis- und Provinzial-Ordnung für Schleswig-Holstein.

Abg. Francke-Tondern (natlib.) ist in der Hauptsache mit der Vorlage einverstanden, die im Großen und Ganzen sich an die Anschauungen des Hauses vom Jahre 1880 anlehne, auch hätten sich die Bedenken seitdem bedeutend reduzirt; indessen beständen doch Schwierigkeiten, besonders in Betreff der Regelung der ländlichen Polizei und der Ernennung der Amtsvorsteher. Die Art, wie die Staatsregierung die Frage lösen wolle, würde politische Mißstimmung hervorrufen. Deshalb beantrage er die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Hansen (freikons.) hält die Bedenken des Vorredners für beachtenswerth. Dieselben seien jedoch nicht so schwerwiegend, wie es nach den Ausführungen des Abg. Francke erscheine; sie seien durchaus unberechtigt gegenüber den kommissarischen Amtsvorstehern.

Abg. Krah (freikons.) begrüßt die Vorlage als eine für Schleswig-Holstein willkommene und heilsame. Auch er hätte Bedenken gegen Einzelbestimmungen der Vorlage und wünsche in einigen besonderen Fällen auch andere Feststellung der Kreise. Diese Bedenken würden jedoch in der Kommission hoffentlich beseitigt werden können.

Abg. Graf Baudissin (kons.) vermißt in der Vorlage Bestimmungen, welche die Ausbeutung der Amtsvorsteherstellen in antinationalem Sinne verhindern könnten; es müßten Kautelen gegeben werden, um die Wahl antideutsch gesinnter Personen zu Amtsvorstehern zu verhüten.

Abg. Lassen (Däne) erklärt seine Bedenken gegen die Vorlage erst in der Kommissionsberathung geltend machen zu wollen.

Abg. Dr. Meyer-Breslau (freis.): Meine politischen Freunde haben niemals prinzipiell gegen die Kreis- und Provinzialordnungen gestimmt, sondern erst dann, wenn unsere Verbesserungsvorschläge abgelehnt wurden. Ich fürchte, daß wir zu diesem Resultate auch diesmal wieder kommen werden. Ich behalte mir Einzelnes für die Kommission vor und betone hier nur, daß es nun festgestellt ist, daß man in vier Kreisen auch mit bewaffnetem Auge keinen Großgrundbesitz hat entdecken können und daß danach die Kreisordnung eingerichtet werden muß. Man hat sich stets bemüht, einen Großgrundbesitz für die Handhabung der Kreisordnung mit bewaffnetem Auge zu entdecken; wo es irgend möglich gewesen, hat man einen privilegirten Großgrundbesitz konstruirt und danach die Kreisordnung eingerichtet. In diesen vier Kreisen nun wäre es revolutionär, einen Großgrundbesitz zu proklamiren — aber immerhin geht man in anderen Kreisen, wie in Tondern, mit dem Prinzip des privilegirten Großgrundbesitzes zu weit. Die Amtsvorsteher-Bestimmungen sind die Lichtpunkte der Vorlage — ich freue mich, daß Herr Hansen für die kommissarischen Amtsvorsteher eintritt und der Regierung also auch folgt, wenn sie etwas Gutes schafft. (Heiterkeit.) Die Gefahr, daß durch die Kreistage Elemente ins Amt kommen würden, die der deutschen Sache schädlich sein könnten, ist doch wirklich ausgeschlossen; es empfiehlt sich daher, in dieser Hinsicht keine Bestimmungen zu treffen, die Schleswig-Holstein ungünstiger stellen als andere Provinzen.

Minister von Puttkamer: Ich freue mich, daß die Vorredner sich in wohlwollender Weise zu der Vorlage geäußert haben. Selbst Abg. Dr. Meyer hat weit weniger kritisirend, als sonst seine Partei den Kreisordnungs-Vorlagen gegenübersteht, sich zu dieser Vorlage geäußert. Ich kann meine Genugthuung darüber konstatiren, daß prinzipiell keine Gegnerschaft dieser Vorlage erwachsen ist. Was die Frage des Großgrundbesitzes betrifft, so steht meine Anschauung der des Abg. Dr. Meyer freilich diametral gegenüber. Er betrachtet das Vorhandensein des Großgrundbesitzes als ein nothwendiges Uebel und preist die Kreise, die dieses nothwendige Uebel nicht haben. Er glaubt deshalb, daß die Kreisordnung, die auf genügender Vertretung des Großgrundbesitzes im Kreistage aufgebaut ist, damit ein falsches Prinzip verfolgt. Die Erfahrungen haben doch aber gezeigt, daß dieses Prinzip ein durchaus richtiges ist. Dagegen haben wir es in Dithmarschen mit auf hundertjähriger Vergangenheit aufgebauten Verhältnissen zu thun — da würde es in der That revolutionirend gewesen sein, nun einen besonderen Großgrundbesitz herauszuheben. Daraus folgt doch aber nicht, daß jenes Prinzip für die anderen Landestheile unrichtig ist. — Was die Frage der ländlichen Polizei betrifft, so freut es mich, daß Abg. Dr. Meyer das Institut der Amtsvorsteher als Lichtseite der Vorlage anerkennt. Die Formen, unter denen die Ernennung der Amtsvorsteher stattfinden soll, sind denen in den anderen Provinzen nachgebildet. Gegen den Mißbrauch des Amtsvorsteherpostens in antinationalem oder gar sozialdemokratischem Sinne sind doch genügende Kautelen gegeben durch die Forderung der Zustimmung des Provinzialraths zu der Berufung des Amtsvorstehers. Wir halten an den Prinzipien der Vorlage fest und halten es für bedeutsam, wenn durch Annahme dieser Vorlage das öffentliche Leben in den einzelnen Provinzen nach gleichen Prinzipien geregelt wird. Ich bitte Sie daher um Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Abg. Dr. Meyer-Breslau: Ich habe nicht erklärt, daß wir unseren Standpunkt gegenüber der Kreisordnung aufgegeben haben, sondern nur, daß wir unsere Bedenken nicht heute wieder vorbringen wollten. Wir halten durchaus an unserem Standpunkt gegen die Kreisordnung fest, anerkennen aber jeder Zeit, was an einer Vorlage gut ist. Das bedarf wohl nicht erst der Betonung; wir haben so zahlreiche Vorlagen bereits angenommen und gutgeheißen, daß man uns doch den Vorwurf ersparen sollte, daß wir uns den Lichtseiten der Vorlagen verschließen. Ich besonders habe in meiner Partei stets die Aufgabe, die Lichtseiten der Vorlagen und der Minister herauszufinden, und es ist mir das selbst bei Herrn von Puttkamer gelungen. (Heiterkeit.)

Abg. Hansen erklärt, daß der vom Abg. Dr. Meyer gegen ihn unternommene Angriff ungezogen gewesen wäre.

Der Präsident ruft den Redner hierfür zur Ordnung.

Die Vorlage wird hierauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Rickert, daß die Prüfung der Wahl des Abg. v. Puttkamer-Plauth noch immer nicht erledigt sei und bittet den Präsidenten, den Minister des Innern um Einsendung der betreffenden Aktenstücke wiederholt zu ersuchen.

Der Präsident erklärt sich hierzu bereit.

Von der öffentlichen Tribüne ruft plötzlich sehr laut ein bartloser hagerer Mann: „Auch ich muß mich für geheime Wahlen in Preußen erklären!“ Der Betreffende wird unter der Heiterkeit des Hauses von der Tribüne verwiesen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tagesordnung: Kleine Vorlagen. Petitionen.

Schluß 2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. April. Der Kaiser hat heute früh um 7½ Uhr nach einer relativ gut verbrachten Nacht das Bett verlassen; bei der Visite der Aerzte konstatirten dieselben indeß, daß die Geschwulst im Halse etwas zugenommen habe und das örtliche Uebel überhaupt im Zunehmen begriffen sei. Es dürfte das, wie es heißt, auf die Anstrengungen zurückzuführen sein, denen sich der Monarch bei der gestrigen 1½stündigen Konferenz mit dem Fürsten Bismarck unterzogen hat. Trotz dieser ungünstigen Wendung im Grundleiden fühlte sich der Kaiser, wie er versicherte, vollständig wohl.

Um 9¾ Uhr traf der Chef des Militär-Kabinets, General von Albedyll, im Schloß ein und verweilte bis gegen 12 Uhr bei Sr. Majestät. — Um 11½ Uhr erschien der Kronprinz von Griechenland.

Um 12 Uhr kamen der Kronprinz, die Prinzessin Friedrich Karl mit dem Prinzen Leopold, sowie der Erbprinz von Meiningen mit der Prinzeß Feodora zur Beglückwünschung der Prinzessin Viktoria, deren Geburtstag bekanntlich heute am hiesigen Hofe gefeiert wird.

Soweit bis jetzt bestimmt, wird die Vermählung des Prinzen Heinrich von Preußen mit der Prinzessin Irene von Hessen am 24. Mai d. J. in aller Stille in der Kapelle des Schlosses zu Charlottenburg stattfinden. Nach beendeter Feier dürfte dann sofort die Abreise der hohen Neuvermählten erfolgen.

— Von absolut zuverlässiger hochstehender Seite wird versichert, daß die Kanzlerkrisis jetzt völlig beigelegt und das bekannte Verlobungs-Projekt endgültig aufgegeben ist. Der Großherzog von Baden hat dies bei seiner Abreise von Berlin ausdrücklich geäußert.

— Prinz Alexander von Battenberg war gestern Nachmittag in Frankfurt a. M., stieg im „Russischen Hof“ ab und besichtigte die zur Versteigerung gelangenden Kunstgegenstände.

— Wie man hört, leidet der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr v. Köller, an einer ernsten Bronchitis, welche ihm kaum gestatten wird, in dieser Session noch an den Arbeiten des Abgeordnetenhauses Theil zu nehmen.

— Justizrath Bernhard Fretzdorff ist gestern hier im 79. Lebensjahre gestorben. Fretzdorff war der älteste der hiesigen Rechtsanwälte.

— In einem das gegenwärtig von dem Freisinn aufgeführte „Satyrspiel“ scharf beleuchtenden Artikel führt der „Reichsbote“ u. a. Folgendes aus:

„In diesem preußischen Staatsbewußtsein ist es auch begründet, daß die Träger der preußischen Krone immer nicht nur wirklich persönlich im Frieden regieren, sondern auch im Kriege als die obersten Kriegsherren an die Spitze der Armee treten und auch dort alle Entscheidungen in ihrer Hand liegen. Das preußische Volk kann sich seine Könige nur vorstellen als seine wirklichen Regenten und als seine Kriegsherren. Wie der kleine Sohn des Kronprinzen neulich meinte, Kaiser Wilhelm müsse doch wohl auch seinen Säbel mit in den Himmel genommen haben, so ist in den Gedanken des Hohenzollernprinzen wie auch im preußischen Volke der König undenkbar ohne den Säbel. Der König muß Soldat und oberster Kriegsherr sein, auf daß Sein und Nichtsein des Staates ihm immer persönlich nahetreten und das persönliche Eintreten dafür ihm immer als Lebensaufgabe vor Augen stehe. Diese Auffassungen sind ein Produkt preußischer Geschichte und sind als solche unaustilgbar, und der freisinnigen Presse wird es nicht gelingen, englisch-parlamentarische Vorstellungen und Einrichtungen in Preußen einzubürgern. Der preußische König und deutsche Kaiser, ein Produkt der Geschichte, ist eine bestimmte historische Gestalt, als welche er dem Volke vor der Seele steht, ohne die es sich ihn nicht zu denken vermag, und wenn der Preuße sich seinen König auf dem Höhepunkt seines königlichen Berufes vorstellt, dann stellt er sich ihn vor, wie er, als das Haupt der Armee, unter seinen Soldaten reitet, sie väterlich mit „Guten Morgen, Soldaten!“ grüßt und sie ihm mit „Guten Morgen, Majestät!“ antworten. Während das englische Volk, weil dort das Parlament regiert und das Königthum nur herrscht oder repräsentirt, keinen Anstoß daran nimmt, daß eine Frau die Krone trägt, ist in Preußen eine Königin, als wirkliche Regentin an der Spitze des Staates undenkbar. Kein Volk hat seine Königinnen, welche sich in den Schranken ihres hohen landesmütterlichen Berufes hielten, so hoch geehrt und geliebt wie das preußische, wir erinnern nur an die Königin Luise! Ein Verhältniß wie das zwischen der Königin Luise und dem preußischen Volke hat kein anderes Volk aufzuweisen. Das deutsche Volk will von Königen, aber nicht von Frauen regiert sein, aber es liebt und ehrt seine Königinnen, die ihren Beruf als Landesmutter neben dem Könige erfüllen, so hoch wie kein anderes Volk.“

— Der Ausschuß des Zentral-Komitees für die Ueberschwemmten, welcher heute zu einer Sitzung im Rathhause versammelt war, hat beschlossen:

1) für den Kreis Heydekrug . .	2,000 M.
2) an den Kreisausschuß des Kreises Niederung	5,000 M.
3) an das Lokal-Komitee in Ruß	3,000 M.
4) an das Lokal-Komitee in Memel	5,000 M.
5) an das Zentral-Komitee in Königsberg i. Pr.	10,000 M.
zus.	25,000 M.

zu senden. Der Ausschuß wünscht zunächst ein klares Bild über die in den einzelnen Bezirken angerichteten Schäden und die an dieselben gelangten Unterstützungen zu gewinnen, um dann eine entsprechende Vertheilung vornehmen zu können. Von den gesammelten Geldern hat bisher:

a. Ost- und Westpreußen:	
1) von dem Komitee . .	161,500 M.
2) von den Zeitungs-Redaktionen	45,350 M.
zus.	206,850 M.
b. der Oder-, Warthe- und Netze-Distrikt:	
1) von dem Komitee . .	125,000 M.
2) von den Zeitungs-Redaktionen	45,800 M.
zus.	170,800 M.
c. die Elbe-Niederung:	
1) von dem Komitee . .	64,500 M.
2) von den Zeitungs-Redaktionen	23,450 M.
zus.	87,950 M.

erhalten. Es könnte danach scheinen, als ob die Elbe-Niederung nicht reichlich genug bedacht sei; es ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß namentlich aus Hamburg und Magdeburg ganz erhebliche Summen unmittelbar nach der Elbe-Niederung gesendet sind, von denen nach Berlin genaue Kenntniß nicht gelangt ist. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Provinzial- und Lokal-Komitees über die Verwendung der gesammelten Gelder mehr an die Oeffentlichkeit gelangen lassen möchten. Die Berliner Hauskollekte verspricht einen sehr reichen Ertrag zu geben.

Lüneburg, 11. April. Landesdirektor Dr. v. Bennigsen traf heute hier ein; derselbe reist morgen ins hannoversche Ueberschwemmungsgebiet und überbringt, dem „Hann. Cour.“ zufolge, 100,000 Mark, welche ihm von der Staatsregierung aus dem verfügbaren Fonds zur Abhülfe des augenblicklichen Nothstandes überwiesen worden.

Frankfurt a M., 11. April. Die städtischen Kollegien bewilligten 10,000 Mark für die Ueberschwemmten.

Essen, 11. April. Als Beitrag zur Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkmals hat Herr Geh.

Kommerzienrath F. A. Krupp heute die Summe von 20,000 Mk. angewiesen.

Ausland.

Bern, 11. April. Der vom Bundesrathe in Sachen des Basler Fastnachtsgedichts, in Kürze bereits telegraphisch gemeldete, heute gefaßte Beschluß lautet wörtlich:

Der schweizerische Bundesrath, nach Einsicht einer Note der kaiserlich deutschen Gesandtschaft vom 26. März d. J., womit dieselbe namens ihrer Regierung den Antrag stellte, daß gegen die Urheber und Verbreiter eines Gedichtes mit der Ueberschrift „Vive la France", welches eine schwere Beleidigung der elsaß-lothringischen und der deutschen Regierung enthalte und bei Anlaß des letzten Fastnachtszuges in Basel verbreitet worden sei, gemäß Art. 42 des Bundesstrafrechts (betreffend öffentliche Beschimpfung eines fremden Volkes oder seines Souverains oder einer fremden Regierung u. s. w.) Strafklage eingeleitet werden möchte, — in Betracht, daß die kaiserlich deutsche Gesandtschaft die Zusicherung gegeben hat, daß eine der Regierung der Schweiz zugefügte öffentliche Beschimpfung auf deren Verlangen deutscherseits verfolgt und bestraft werden würde —, gestützt auf Art. 4 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege vom 27. August 1851 (bei politischen Vergehen tritt die Verfolgung nur in Folge einer vorläufigen Entscheidung des Bundesraths ein u. s. w.) —, im Hinblick auf Art. 42, 69, 70, 71 und 72 (letztere vier Artikel handeln von Verbrechen, welche mittels der Druckerpresse oder auf ähnliche Weise verübt werden), und Artikel 73, Lit. c des Bundesstrafrechts vom 4. Hornung 1853 („die Bundesassisen sind zuständig für Verbrechen gegen das Völkerrecht") — beschließt: Gegen die Verfasser, Herausgeber und Verbreiter des Gedichts „Vive la France", beginnend: „In China ist der gäle Fluß" u. s. w. und wovon eine zweite Ausgabe beginnt: „S' isch bald jetz z' bunt, wie's die dert mache" u. s. w., ist strafgerichtliche Untersuchung einzuleiten und gemäß Art. 73 Lit. c die bundesstrafrechtliche Anklage vor den Bundesassisen zu führen. Dem Bundesgericht wird hiervon behufs Einberufung des eidgenössischen Untersuchungsrichters für die deutsche Schweiz Mittheilung gemacht.

Zum eidgenössischen Staatsanwalt in dieser Angelegenheit ist der Basler Regierungsrath Dr. Zutt ernannt worden.

Paris, 11. April. Ein Artikel im „Figaro", gezeichnet von St. Genest, beschäftigt sich mit der Frage, wie Boulanger zu seiner Volksthümlichkeit gelangt sei, und beantwortet sie so:

Was verschaffte ihm, so heißt es dort, diesen Einfluß auf die Massen? Er hat sie ganz einfach auf folgende Weise eingefangen: Er brachte sie zu der angenehmen und schmeichelhaften Ueberzeugung, daß sie große Patrioten geworden seien. Er bestärkte sie in der Wahnvorstellung, daß sie Elsaß-Lothringen wiedereroberten, indem sie „Es lebe Boulanger!" schrieen; er gab ihnen den köstlichen Kitzel einer leichten Revanche, die durch Biertrinken in Tingeltangels zu erreichen sei. Die wackern Spießbürger, die für die Erregungen eines gefahrlosen Patriotismus schwärmen, waren vom Grunde ihres Herzens dem Manne dankbar, der sie glauben machte, daß sie eine That des Patriotismus vollbrächten, wenn sie „en revenant de la revue" sangen. So wenig sie von den wahren Generälen etwas wissen wollen, die still und disziplinirt für das Heer arbeiten, so begeistert beten sie diesen Zirkusgeneral an, der jeden für einen patriotischen Helden erklärt, der an seiner Seite aus voller Lungenkraft gebrüllt hat. In jedem andern Lande würde man überlegen und sich fragen: „Woher kommt dieser Mann, was hat er gethan, welche Verdienste hat er um die Armee?" Bei uns genügt der Gesang von Paulus, das schwarze Pferd und der Bart. Man denke nur zurück an den Tag, als eine Volksmenge ihn nach dem Lyoner Bahnhof begleitete. Unter ihnen befanden sich behäbige Kaufleute und Gewerbetreibende. Wie stolz richteten sie sich auf bei dem Gedanken, daß ihre Frauen sie jetzt sähen, wie sie nach Straßburg marschirten. Am Tage haben sie ihre Leinewand und ihren Kaffee verkauft; wenn sie dann das Geld einkassirt und ihrem Sohne empfohlen haben, doch ja nie in das Heer einzutreten, leisten sie sich auf dem Opernplatz die Empfindungen eines Kriegshelden. Sie wissen, so wiederholt einer dem andern, daß Boulanger Bismarck und Moltke zittern macht. Und dieser Boulanger ist ihnen nicht etwa ein siegreicher, ...rbenbedeckter General, sondern dieser Boulanger ... sind sie selbst, die Krämer und Händler. Sie ...en Moltke zittern.

Kopenhagen, 9. April. Die Dänen be-...ren sich andauernd die Hoffnung auf Wieder-...nnung eines Theiles Nordschleswigs. Bei ... vom hiesigen Rechtenverein zum Geburtstage ... Königs veranstalteten Feier hielt Dr. Ploug ... Festrede, die mit den Worten schloß: „Laßt ... wünschen, daß der König seine Augen nicht ...ße, bevor Dänemarks innigster Wunsch er-...t ist; wir erwarten nicht, daß die Erfüllung ... dem Kriegswege geschehe, sondern setzen unsere Hoffnung auf den Weltenlenker und sprechen ...en Wunsch aus, daß König Christian IX. seine Augen erst als König aller Dänen schließen möge."

Stockholm. 7. April. Der Reichstag lehnte heute in gemeinsamer Sitzung beider Kammern die vorgeschlagenen Steuern auf Fernsprech-Einrichtungen ab und beschloß, der Reichsbank ihren letzten Jahresgewinn für ihre eigenen Zwecke ganz zu belassen; aus demselben sollen 500,000 Kronen für den Fonds zur Erbauung eines neuen Reichsbankgebäudes abgesetzt werden.

Der Bewilligungsausschuß des Reichstags hat sein umfangreiches Gutachten über Zolländerungen noch nicht ganz fertiggestellt, doch werden aus demselben schon nachstehende Aenderungsvorschläge genannt: Roheisen (sonst zollfrei) 80 Oere, andere Eisensorten 2—6 Kronen für 100 Kg., Stahldraht (sonst frei) je nach Feinheit 4—8 Kr. für 100 Kg., Wagen 15 Prozent vom Werthe, Pianos 150 Kr. (jetzt 60 Kr.), Flügel 200 Kr. (jetzt 100 Kr.), Instrumententheile 15 Prozent vom Werthe, Parfümerien 2 Kr. (jetzt 1 Kr.) das Kilogramm, Buchdruckerei-Utensilien 25 Oere das Kilogramm (jetzt frei), Zigarren 4 Kronen (jetzt 3 Kr.) das Kilogramm, Band 4,3—30 Oere das Kilogramm. Der Zoll auf Kaffee soll dagegen laut Vorschlag von 26 auf 10 Oere das Kilogramm herabgesetzt werden.

Petersburg, 12. April. Das „Journal de St. Petersbourg" bespricht die Auslassungen einer ausländischen Korrespondenz der „Correspondance de l'Est" über die Battenbergische Angelegenheit, in welcher es heißt, daß man in Petersburg wisse, eine Heirath des Prinzen Alexander mit der Prinzessin Viktoria würde die Möglichkeit einer Billigung der bulgarischen Bestrebungen seitens Deutschlands ausschließen. Das Journal fährt fort, es wisse nicht, woher der Korrespondenz bekannt sei, was man in Petersburg weiß, aber was gewiß sei, sei der Umstand, daß man aus der Geschichte nicht Thatsachen ausmerzen könne, man kenne die Ursachen, die dem Prinzen Alexander das Vertrauen seines erhabenen Protektors entzogen haben, man kenne ferner den schweren Tadel des Kaisers Wilhelm in Bezug auf jene Vorgänge, die abgesehen von dem Charakter der Undankbarkeit auch den Frieden Europas gefährdeten. Wer könnte behaupten, daß eine neue hohe Stellung des Battenbergers nicht den Gedanken einer Restauration unter den Häuptern der bulgarischen Revolution wach riefe, und daß trotz der gegentheiligen Behauptungen die Ruhe der Balkanländer und die friedlichen Beziehungen der Mächte nicht wieder in Frage gestellt werden würden? Wie ließen sich diese möglichen Folgen vereinigen mit dem Programm des deutschen Reichskanzlers und mit den friedlichen Gesichtspunkten und freundschaftlichen Versicherungen des Kaisers Friedrich? Wir sind sicher, daß die deutsche Politik wohl diese Folgen abzuwägen wissen wird, daß sie es verstehen wird, den Gefahren zuvorzukommen, die sich für die guten Beziehungen beider Länder und für die Aufrechterhaltung des Friedens möglicherweise ergeben könnten.

Das Journal dementirt die Nachrichten des „Diritto" betreffend das Abkommen Rußlands mit dem Vatikan.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. April. Die gestrige Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten bot nur wenige Gegenstände von allgemeinem Interesse und war in Folge dessen die Sitzung nur von kurzer Dauer. Der Hauptgegenstand war der Entwurf zu einem mit dem Militär-Fiskus abzuschließenden Vertrage über Herstellung von Straßenzügen zwischen der Berlinerthorpassage und dem großen Exerzierplatz bei Fort Preußen; über denselben referirte Herr Rathsmaurermeister Decker. Die Verhandlungen über diese Regulirung zwischen der Stadt und dem Militärfiskus und der Eisenbahn-Direktion währen bereits seit dem Jahre 1884 und sind jetzt so weit gediehen, daß sie für die Stadt annehmbar erscheinen. Die Stadt erhält die Straßentheile von dem Militärfiskus unentgeltlich, die Stadt führt die Pflasterung aus, erhält aber die Kosten später von dem Militärfiskus zurückerstattet, auch die Kanalisation wird von der Stadt ausgeführt, die Kosten werden von beiden Theilen zur Hälfte getragen, während die Bewässerung die Stadt auf Kosten des Militärfiskus ausführt. Die Gasanlage bezahlt die Stadt, der Militärfiskus verpflichtet sich jedoch, von der Stadt das Gas zu entnehmen, außerdem muß er für Aufstellung von Kandelabern 12,240 M. an die Stadt zahlen. Um eine Gleichmäßigkeit der Straßen herzustellen, findet ein gegenseitiger Austausch von Terrains statt und erhält die Stadt u. A. die sämmtlichen Vorgärten in Fort Preußen; die Bogislavstraße und die Kurfürstenstraße münden in einen Platz in Fort Preußen, der gleichfalls der Stadt vom Militärfiskus gegen Austausch von städtischem Terrain abgetreten wird.

Mit diesem Projekt steht auch ein Nebenvertrag mit dem Eisenbahnfiskus wegen Anlegung eines Entwässerungs-Stammkanals, welcher bis zur Oder über den Berlin-Stettiner Bahnhof von Straße 8 (Bellevuestraße) aus, also zum größten Theil auf eisenbahn-fiskalischem Gebiet geführt werden soll. — Der Referent beantragt beide Verträge zu genehmigen, da eine günstigere Vereinbarung nicht möglich sei. Die Versammlung beschließt ohne Debatte die Genehmigung.

Zum Vorsteher des 32. Stadtbezirks wurde Herr Zimmermeister Schmidt gewählt, ferner wurden Ergänzungswahlen für Mitglieder der 1., 2. und 4. Revier-Sanitäts-Kommission vorgenommen.

Zur Lieferung des zum Bau der Kirche in Grabow a. O. nöthigen Wassers aus der städtischen Wasserleitung wird unter den üblichen Bedingungen die Genehmigung ertheilt, die Kosten des nöthigen Leitungsrohres von der Birkenallee bis zum Bauplatz trägt die Stadtgemeinde Grabows. — Zur Verlegung von 100 Mm. weiter Wasserleitungsröhre in der Reifschläger-, oberen Schulzen- und Papenstraße von der Mönchen- bis zur Breitenstraße werden 3000 Mark bewilligt.

Die übrigen Gegenstande der Tagesordnung waren ohne erhebliches Interesse und wurden den Vorlagen des Magistrats gemäß erledigt.

— In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten war zum ersten Male die auf Beschluß der städtischen Behörden angeschaffte Uhr im Sitzungssaale angebracht. Dieselbe hat ihren Stand in der Mitte des Saales hinter den Magistratssitzen über der Büste des Freiherrn von Stein erhalten und besteht in einer Rosette von Goldbronze, wie solche in gleicher Gestalt an der Decke des Saales angebracht sind; in der Mitte dieser Rosette befindet sich das Zifferblatt. Die Uhr ist von Herrn Uhrmacher P. Schmidt geliefert.

— Auf Grund authentischer Mittheilungen können wir versichern, daß die Ziehung der zum Besten des Baues einer Kirche in Stettin-Oberwiek genehmigten II. Großen Stettiner Lotterie trotz aller gegentheiligen Bekanntmachungen bestimmt am 9. bis 12. Mai 1888 stattfinden wird. Zur Verloosung gelangen hierbei Hauptgewinne im Werthe von 20,000 Mk., 10,000 Mk., 2000 Mk., 1500 Mk., 1000 Mk. u. s. w. u. s. w., im Ganzen 2200 Gewinne im Werthe von 60,000 Mk. Der Preis des Looses beträgt 1 Mark. Das Generaldebit der ganzen Lotterie ist Herrn Bankier Rob. Th. Schröder in Stettin übertragen, der durch Errichtung von Verkaufsstellen in fast sämmtlichen Städten Deutschlands, die durch Plakate kenntlich sind, einem jeden Gelegenheit gegeben hat, sich auf bequemste Weise ohne weitere Kosten für Porto u. s. w. an dieser chancenreichen Lotterie zu betheiligen.

— Unter den Ehrengästen, welche sich gestern zur Einweihung des neuerbauten König-Wilhelm-Gymnasiums eingefunden hatten, bemerkten wir die Herren Ober-Präsident Graf Behr-Negendank, Regierungs-Präsident v. Sommerfeld, General-Lieutenant v. d. Burg, Kommandirender des 2. Armeekorps, Polizei-Präsident v. Müffling, General-Superintendent Pötter, Vertreter der städtischen Behörden und des Offizierkorps u. A. m. Die Festtheilnehmer, denen sich die Schüler des Gymnasiums anschlossen, begaben sich von der Turnhalle nach dem neuen Schulgebäude, an dessen Hauptportal der Erbauer des Gebäudes, Herr Kreisbau-Inspektor Mensdorff, mit einer Ansprache dem Herrn Ober-Präsidenten als Chef des Provinzial-Schulkollegiums den Schlüssel zum Gebäude überreichte, welchen der Herr Oberpräsident sodann dem Dirigenten der Anstalt, Herrn Direktor Prof. Muff übergab. Nachdem dieser das Portal geöffnet, begab sich der Zug nach der festlich geschmückten Aula, in welcher bereits eine Anzahl Damen Platz genommen hatten. Hier begann die Feier mit einem Choralgesang, nach welchem Herr General-Superintendent Pötter das Weihegebet sprach. Hierauf trug der Schülerchor die Markull'sche Motette „Jauchzet dem Herrn" vor, worauf Herr Oberpräsident Graf Behr-Negendank die vor dem umflorten Bild des dahingeschiedenen Kaisers aufgestellte Rednerbühne betrat und darauf hinwies, daß das Gymnasium Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm nicht nur die Entstehung, sondern auch den Namen verdanke. Ferner sprach der Redner den Herren Ministern des Unterrichts, der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten, sowie dem Kuratorium des Marienstifts Dank für das warme der Anstalt entgegen gebrachte Interesse aus, welches der Herr Kultusminister aufs Neue dadurch bekundete, daß derselbe aus Anlaß der Feier den Herrn Oberlehrer Hänicke zum Professor ernannte. Im Namen des Kaisers überreichte sodann der Herr Oberpäsident dem Leiter der Anstalt, Herrn Prof. Muff, den Rothen Adler-Orden 4. Klasse und schloß seine Rede mit einem Hoch auf Se. Maj. den Kaiser Friedrich, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten und hierauf stehend die Nationalhymne sangen. Hierauf folgten Festreden der Herren Geh. Regierungs- und Schulrath Dr. Wehrmann und Direktor Professor Muff, und zwar sprach Ersterer über den Spruch: „Fürchtet Gott, ehret den König, habet die Brüder lieb", Letzterer über die Bedeutung und Unterscheidungsmerkmale der Gymnasien und der Real-Gymnasien. Gegen 1 Uhr schloß die Feier mit dem Gesange „Nun danket alle Gott".

— Das Wasser der Oder ist in dauerndem Fallen und seit Sonnabend bereits um 29 Zentimeter gesunken. Die Pumparbeiten mit der Dampfpumpe an der Wallstraße werden noch fortgesetzt, bis das Wasser die Höhe des Kanalausflusses nicht mehr übersteigt.

— Herr Theater-Direktor Otto Reetz hatte gegen die Stadt Entschädigungs-Ansprüche geltend gemacht wegen des ihm durch die Durchführung der Löwestraße über sein Grundstück in der Birkenallee erwachsenen Schadens, da er das Grundstück seit dieser Zeit nicht mehr für seine Zwecke benutzen konnte. Das hiesige Landgericht wie das Ober-Landesgericht entschieden für die Stadt günstig, dagegen hat das Reichsgericht zu Leipzig in seiner gestrigen Sitzung die Ansprüche des Herrn Direktor Reetz anerkannt und die Stadt zur Zahlung der Entschädigungs-Summe, die sich, soweit uns bekannt, auf circa 50,000 Mark beläuft, verurtheilt.

— Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf das heute Abend im Saale der „Philharmonie" stattfindende Konzert des Stettiner Gesang-Vereins, zum Besten der Ueberschwemmten, aufmerksam zu machen. Das Programm, bei dessen Ausführung auch die Herren Krabbe und Sebbesse gütigst mitwirken, ist äußerst gewählt zusammengestellt und verspricht eine gediegene Unterhaltung.

— Dem Kanzleirath Lindner zu Lauenburg i. P., bisher zu Köslin, ist der Rothe Adler-Orden 4. Klasse und dem herrschaftlichen Kunstgärtner Georg Lehmann zu Ornshagen im Kreise Regenwalde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Mit 50 Pf. Aufzahlung. Jubiläums-Benefiz für Herrn Regisseur Otto Karutz zur Feier seiner 30jährigen Bühnenthätigkeit. Zum 6. Male: „Die sieben Schwaben." Volksoper in 3 Akten. — Bellevuetheater: Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.). Zum 3. Male: „O dieser Papa." Lustspiel in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Bremerhafen ist dem Fürsten Bismarck folgendes Telegramm zugegangen:

Un ob Damm un Dyke,
Ook wank un wyke,
Bliew Du bym Ryke.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Schroda, 12. April. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Franz v. Brzeski (Pole) wurde heute Rittergutsbesitzer Karl v. Sczaniecki zu Podarzewo (Pole) zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt.

München, 12. April. Der Finanzausschuß genehmigte einstimmig den gesammten Militäretat fast unverändert.

Nürnberg, 12. April. Nach amtlicher Mittheilung verursachten die an den Hochwinter erinnernden, vorgestern Abend beginnenden, andauernden Schneefälle in ganz Baiern Störungen der Telegraphenleitungen.

Feldkirch, 11. April. Kapitän Graf Marcandin ist wegen des am 8. Oktober v. J. auf dem Bodensee erfolgten Zusammenstoßes der Dampfer „Habsburg" und „Stadt Lindau" zu neun Monaten strengen Arrests verurtheilt.

Pest, 12. April. Der „Pester Lloyd" meldet aus Wien, daß heute oder demnächst im Abgeordnetenhause die Wehrvorlage eingebracht werden soll, welche die Festsetzung der Bestimmungen über die fakultative Einberufung der Reservisten enthalten wird.

Rom, 12. April. Unter dem Vorsitz des hiesigen deutschen Konsuls trat hier ein Hülfskomitee für die Ueberschwemmten in Norddeutschland zusammen. Zu Gunsten der Ueberschwemmten wird der Berliner Klaviervirtuos Martin Fuß, ein Schüler Bülows, ein Konzert geben.

London, 12. April. Die Königin Viktoria dürfte am 24. d. in Charlottenburg zum Besuch eintreffen.

London, 12. April. Bei dem gestrigen Jahresessen des hiesigen deutschen Hospitals theilte der Lordmayor de Keyser, welcher den Vorsitz führte, mit, er habe bereits 40,000 Mark für die Ueberschwemmten nach Berlin gesandt, man dürfe hoffen, daß der Hülfsfonds eine Höhe erreichen werde, welche der englischen Nation würdig sei und der in England allgemein empfundenen Theilnahme entspreche.

Madrid, 11. April. Die Deputirtenkammer berieth heute den Antrag der republikanischen Minorität zu Gunsten einer Amnestie für politische Vergehen. Der Ministerpräsident Sagasta sprach sich formell gegen den Antrag aus, während Castelar und Lopez Dominguez denselben befürworteten. Schließlich wurde der Antrag mit 154 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Konstantinopel, 11. April. Der Empfang des deutschen Botschafters von Radowitz durch den Sultan am gestrigen Tage zum Zweck der Ueberreichung der neuen Kreditive hat seitens des Sultans zu einem so eminenten Ausdrucke seiner freundschaftlichen Gefühle für den deutschen Kaiser Anlaß gegeben, daß man in diplomatischen Kreisen dies besonders bemerkt hat. Mit dem Ausdruck der freundschaftlichen Gefühle seitens des Sultans korrespondirten vollständig die glanzvollen Zeremonien, unter denen der Empfang stattfand.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 11. April, 12 Uhr Mittags, Oberpegel 5,57 Meter, Unterpegel + 2,24 Meter. — Brieg, 11. April, 7 Uhr Vormittags, Oberpegel 5,65 Meter, Unterpegel 3,98 Meter. Steht. — Steinau a. O., 11. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,58 Meter. Steigt. — Glogau, 11. April, 8 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,47 Meter. Steigt. — — Elbe bei Dresden, 11. April, + 0,91 Meter. — Magdeburg, 11. April, + 3,70 Meter.

Bromberg, 11. April. Wasserstand. 1. Stadtschleuse. Am Oberhaupt 5,40 Meter, am Unterhaupt 3,44 Meter am Pegel der neuen Stadtschleuse. — Netze bei Filehne, 10. April, 2,78 Meter, bei Usch, 10. April, 2,76 Meter. — Weichsel bei Deutsch-Fordon Pegel unter Wasser. Hafenschleuse, 11. April, 7,13 Meter. Warschau, 9. April, 2,05 Meter.